

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 64 (1977)
Heft: 14-15: Kleinere Schulklassen : Rückblick auf einen Abstimmungskampf

Artikel: Gegen einseitige Schulpolitik
Autor: Bollmann, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-531872>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

differenziert denkender jugendlicher zu überwinden im Sinne der Hinführung zu Selbständigkeit und Mitverantwortung.» Ich schliesse mit der Paraphrase eines Bibelwortes: «Was nützt es uns und unseren be-

harrenden Parteien, wenn wir Hunderttausende von Franken sparen und darüber die junge Generation verlieren, welche unsere Zukunft lebenswert macht oder nicht?!» Ist nicht *dies* das entscheidende Politikum?

Gegen einseitige Schulpolitik

Ulrich Bollmann

Bei der Lancierung der Initiative «Kleinere Schulklassen» standen nachweisbar weniger die Interessen der Schüler, sondern vielmehr gewerkschaftliche Überlegungen der Lehrer im Vordergrund. Das geht schon daraus hervor, dass VPOD und SP praktisch gleichlautende Vorstösse in mehreren Kantonen starteten, obwohl in diesen die Verhältnisse bezüglich Klassengrössen höchst unterschiedlich sind. Entscheidend war dabei nämlich nicht ein pädagogisches Anliegen, sondern die an sich durchaus berechtigte Sorge der Lehrerverbände, wie dem sich abzeichnenden Lehrerüberfluss beigegeben werden könnte. Die Betonung dieses gewerkschaftlichen Aspektes möchte ich keineswegs als Diskreditierung verstanden wissen. Es ist das gute Recht jeder Arbeitnehmerorganisation, für ihre Mitglieder das Beste herauszuholen.

Innerhalb der Bandbreite

Was mir persönlich jedoch eindeutig missfällt, ist die Tatsache, dass man versucht, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, es handle sich bei der in Aussicht genommenen Verkleinerung der Klassengrössen entgegen dem genannten «internen» Hauptmotiv primär um ein höchst aktuelles bildungspolitisches Problem, das im Interesse der Kinder uneingeschränkte Zustimmung erheische. Gemessen an den effektiven zugerischen Verhältnissen ist nämlich diese Behauptung in aller Form zurückzuweisen. Die tatsächlichen Klassengrössen bewegen sich in unserem Kanton – die vielzitierte Ausnahme bestätigt nur die Regel – durchwegs innerhalb der Bandbreite, die international als eine der Voraussetzungen für einen vernünftigen Schulbetrieb betrachtet wird. Damit sei gleichzeitig ausgedrückt, dass die Klas-

sengrösse nicht der einzige Faktor und schon gar nicht der alleinentscheidende Garant für einen optimalen Schulerfolg darstellt: gute Lehrpläne, zweckmässige Schulhäuser und vor allem gutausgebildete Lehrer und geordnete Familienverhältnisse bestimmen die Qualität in weit stärkerem Masse mit, als dies die Initianten weismachen.

Eine überdimensionierte Betonung des Faktors «Klassengrösse» führt deshalb zwangsläufig zu einer einseitigen Schulpolitik, die nicht im Interesse der Kinder liegt.

Nun entgegnen die Initianten, sie wollten selbstverständlich diese anderen Bestrebungen und Aspekte nicht torpedieren. Im Rahmen einer Initiative sei es jedoch nicht möglich, alle Probleme anzuschneiden. Dazu wären zwei Dinge zu sagen. Einmal steht im Kanton Zug eine Revision des Schulgesetzes an, so dass politisch durchaus die Möglichkeit besteht, eine ganzheitliche Erneuerung des Schulwesens zu diskutieren. Wenn die Initianten auf den an sich möglichen Rückzug des Volksbegehrens verzichteten, so eben, weil sie sonst das pseudo-pädagogische Deckmäntelchen ihres Gewerkschaftsanliegens hätten ablegen müssen. Die Reduktion der Klassengrössen wäre dann in Konkurrenz zu anderen Forderungen (Revision des Sonder- und Hilfsschulwesens beispielsweise) getreten, und man hätte genau gesehen, welcher verhältnismässig geringer Stellenwert ihr im Lichte der zugerischen Schulverhältnisse zuzumessen ist. Zum Andern ist eines klar: Wenn die Initiative angenommen würde, hätten andere wichtige Schulanliegen ganz einfach deshalb zurückzutreten, weil man auch beim Staate nicht alles machen kann, ohne die Folgen zu bedenken. Ich glaube, auf dem Hintergrund der gleichzeitig diskutierten Fi-

nanzpaketabstimmung müssten sich darüber weitere Ausführungen eigentlich erübrigen. Hinsichtlich dieser Folgen streuen die Initianten der Öffentlichkeit Sand in die Augen. Eine Annahme der Initiative bedeutete nicht eine leichte Absenkung des heutigen Klassendurchschnitts von rund 27 auf 25 Schüler (Zahlen bezogen auf die Primarschule). Die Maximalzahl 25 hätte vielmehr – zusammen mit dem ohnehin höchst seltsamen Auflösungsverbot, falls eine bestehende Klasse noch mehr als 14 Schüler zählt – eine massive Absenkung in die Gegend von 20 Schülern zur Folge.

Das hiesse, den Bildungsaufwand pro Schüler um rund einen Drittel zu erhöhen, das hiesse, trotz stagnierender Bevölkerung, den Bau zahlreicher neuer Schulhäuser. Es braucht schon eine grosse Portion Treuherzigkeit, wer glaubt, all dies könne realisiert werden, ohne dass andernorts Abstriche erfolgen müssten.

Doch selbst, wenn man den optimistischen Annahmen der Initianten folgt, sind noch eine ganze Reihe von Fehlern auszumachen. So wird etwa in Rechnung gestellt, der Bau eines Klassenzimmers koste 200 000 Franken. Diese Zahl ist selbst bei sparsamster Bauweise völlig aus der Luft gegriffen und

unrealistisch. Im weitern haben sie jede Wanderbewegung der Bevölkerung von Gemeinde zu Gemeinde ignoriert. Und dass sich auch die Gemeinden selbst meist in mehrere Quartiere und Siedlungen aufteilen, so dass man nicht einfach Primarschulen gemeindeweise poolen kann, haben sie schlicht unterschlagen. Es wäre ehrlicher gewesen, zu sagen, man sei sich über die Auswirkungen nicht im klaren. Stattdessen haben die Initianten als Mehrkosten pro Jahr bescheiden wirkende und nicht existierende Scheingenaugigkeit vortäuschende 1,74 Millionen Franken angegeben, ein Betrag, der zum vorneherein wesentlich zu tief angesetzt ist.

Unser Kanton braucht eine ganzheitliche Schulpolitik, die allen Forderungen und Bedürfnissen bestmöglich Rechnung trägt. Eine Initiative, die zulasten aller anderen ein einzelnes Element in ungebührlicher Weise privilegiert, kann nicht als sinnvoll bezeichnet werden. Mit einem Nein zu dieser auf fremdem Boden gewachsenen Initiative sagen die Stimmberechtigten deshalb gleichzeitig ja zu einer nicht durch einseitige Beschlüsse vorbelasteten Revision des Schulgesetzes.

aus «Zuger Tagblatt» vom 8. Juni

Kleinere Klassen als Voraussetzung für Schulreformen

Hansruedi Beck

In den letzten Jahren hat sich im Volksschulwesen allerhand getan. Neue Bildungsinhalte und andere Lehrmethoden sind an den Volksschulen eingeführt worden. (Projekt Neue Mathematik, Französischunterricht an der Primarschule, Funktionaler Deutschunterricht anhand des neuen Schweizer Sprachbuches, Reform des Geschichtsunterrichts usw.). Anstelle des früheren, durchgehenden Frontalunterrichtes wird schon recht häufig das selbständige Arbeiten in kleineren Gruppen, der Gruppenunterricht praktiziert. Anstelle des «Lehrermonologs» oder eines einfachen Frage-Antwort-Schemas beginnt sich im Unterricht das Lehrer-Schüler-Gespräch und die Diskussion durchzusetzen.

Kleine Klassen als Bedingung

Diese Anstrengungen geschehen alle auf dem Hintergrund neuer pädagogischer Ansichten, die den Schüler individueller fördern wollen, ihn aktiver und selbständiger machen wollen. Der Schüler soll vermehrt praxisbezogen handeln, soll gesellschaftliches Verhalten und gegebenenfalls Konfliktlösungen lernen. Alle diese Neuerungen im Volksschulwesen sind geplant oder sogar schon eingeführt. Eine wichtige Voraussetzung aber für das Gelingen dieser Reformen fehlt: Es fehlen die kleinen Klassen. Denn: Ohne kleine Klassen haben diese Reformen keine Überlebenschancen.

Was heisst das konkret für die Verhältnisse im Kanton Luzern?